

Die neuen Nazis sind die alten!

Das Vorhaben der faschistischen NPD, am 1. Mai 2007 in Rüsselsheim und Raunheim zu demonstrieren, ist eine bewusst geplante politische Provokation. Ihr Auftreten sollte daher auch Anlass sein, sich gründlicher mit ihrer Politik und den gesellschaftlichen Hintergründen für ihre aktuelle Attraktivität auseinander zu setzen.

In Raunheim und Rüsselsheim leben viele Menschen, die unter dem Sozialabbau der vergangenen Jahre leiden, besonders betroffen sind Migrantinnen und Migranten. Um an gesellschaftliche Entwicklungen anschlussfähig zu bleiben, hat die NPD ihre politische Taktik weiterentwickelt. Sie knüpft an der gewerkschaftlichen bzw. linken Kritik am Turbokapitalismus an, fordert „Zukunft statt Globalisierung“ und gibt vor, ein „Zeichen für soziale Gerechtigkeit“ setzen zu wollen.

Vordergründig aktuell kopiert die NPD allerdings exakt die politische Strategie der historischen NSDAP, die sich ja auch Arbeiterpartei nannte (obwohl bis 1933 kaum Arbeiter/innen zu ihrer Mitgliedschaft zählten) und die bis zur Übergabe der Macht an sie in ihrer Propaganda scharf antikapitalistisch argumentierte. Der „Antikapitalismus“ der NSDAP diente jedoch lediglich dazu, ihren Antisemitismus und ihren Rassismus zu propagieren. Der menschenverachtende Rassismus war die zentrale Leitlinie ihrer Politik. Die NPD bedient das gleiche Muster, wenn sie „Schutz vor der Ausbeutung von wurzellosen Großkonzernen“ fordert um das „Sozialsystem für Deutsche“ zu erhalten. So wie die historische NSDAP ihren Antikapitalismus als Partei an der Macht schrittweise aufgab und Vertreter des Großkapitals wie Krupp, Thyssen aber auch Wilhelm von Opel den Ton

bestimmten, so ist auch der nationale Sozialismus der NPD reine Demagogie.

Reale Interessengegensätze können eben nicht durch eine sogenannte „Volksgemeinschaft“ aufgehoben werden.

In der Sprache des „Stürmers“

Um ihren Platz im Parteienspektrum zu finden, tritt die NPD in ihrer Außendarstellung d.h. in ihrem politischen Profil, als Nachfolgepartei der NSDAP auf. Da der Begriff des „Nationalsozialismus“ sie

strafrechtlich als Nachfolgepartei kennzeichnen würde, vertritt sie einen „nationalen Sozialismus“. Doch der auf ihrer Website gepflegte Sprachgebrauch gleicht dem des „Stürmers“. So werden zum Beispiel die antifaschistischen Gegner als „Kommune“ beschimpft und im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung davon gesprochen, dass in Rumänien drei Millionen „Zigeuner“ auf gepackten Koffern sitzen, um nach Deutschland zu kommen. Offensiv werden nicht strafbewehrte Begriffe der Nazis, wie etwa der Begriff „Volksgemeinschaft“ verwendet und propagiert und auf den Websites



Das Ergebnis zwölfjähriger Herrschaft der „Nationalen Sozialisten“ in Rüsselsheim.

der Partei und ihrer Untergliederungen Bilder und Zeichnungen aus der NS-Zeit en masse verwendet. Auf der eigens für die Demonstration in Rüsselsheim und Raunheim gestalteten Website zieren blonde deutsche Herrenjungen mit nacktem Oberkörper



Banner von NPD-Website

und blankem Spaten das Banner. Auch wenn hier der Mythos der „Arbeiterpartei“ gepflegt wird, gehören für die NPD deutsche Unternehmer natürlich zur deutschen „Volksgemeinschaft“ und nicht zu den globalen „wurzellosen Großkonzernen“. In gewisser Weise feiert hier der von der NSDAP beschworene Unterschied zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital seine Wiederbelebung.

Deregulierung fördert Rassismus

Auch wenn das Pathos der Bilder und Symbole aus der NS-Zeit heute noch verführerisch wirken mag, es wäre falsch, die wieder zunehmende Attraktivität der NPD darauf zurückzuführen. Es sind vielmehr Veränderungen in der Mitte unserer Gesellschaft, die den Resonanzboden für die radikale Rechte bilden. Eine alles überwölbende Wettbewerbsideologie führt in Kombination mit der sogenannten Deregulierung des Arbeitsmarktes dazu, dass es trotz wirtschaftlichen Wachstums mehr Langzeitarbeitslose, mehr Arbeitsplätze unter der Armutsgrenze und mehr Armut generell gibt. Die Einteilung der Menschen in Gewinner und Verlierer befördert Rassismus und

Ausländerfeindlichkeit, denn wenn zufällig der Nachbar mit Migrationshintergrund einen Arbeitsplatz findet, dann mag für manchen Deutschen der Kurzschluss nahe liegen, ohne Migranten hätte er den Arbeitsplatz bekommen.

„Standortwettbewerb“ und „Aufrüstung“

Die neoliberale Sprache und Ideologie nähert sich zunehmend dem Nazijargon an. Wenn vom „Kampf“ um Absatzmärkte, von der Unterordnung konkreter Lebensinteressen unter den „Standortwettbewerb“, von „feindlichen Übernahmen“ oder von der „Aufrüstung“ von Schulen und

Kindertagesstätten mit Computern die Rede ist, dann zeigt dies nur, wie weit die liberal konservativen Marktradikalen (und auch manche Grüne und Sozialdemokraten) bereits nach rechts gerückt sind. Da ist es nur die Spitze des Eisberges, dass manche es schick finden, Kinder vor Beginn des Unterrichtes wieder aufstehen zu lassen und dass nach den Vorstellungen der hessischen Wirtschaft und der CDU Landesregierung die emanzipatorisch demokratische Pädagogik durch das Leitbild des Lehrers als „Führungskraft“ ersetzt werden soll. Disziplin, Ehrbewusstsein, Treue, Pflichterfüllung, Ordnungsliebe Gehorsam und Opferbereitschaft können wieder als „typisch deutsche“ Tugenden propagiert werden, ohne dass es einen Sturm der Entrüstung gibt.

Es ist also viel zu einfach, das Phänomen Rechtsradikalismus auf die NPD oder andere Organisationen zu reduzieren. Wer den allgemeinen Rechtsruck in unserer Gesellschaft nicht wahrnehmen und kritisieren will, der sollte von der NPD lieber schweigen.



Blick in die Geschichte:

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen!

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass die NSDAP, nur weil sie ein A für Arbeiter im Namen trug, auch tatsächlich eine Arbeiterpartei gewesen sei. Wie wenig attraktiv die alten Faschisten für die Arbeiterschaft waren, zeigen Analysen der Wahlergebnisse der freien Wahlen vor der Machtübergabe an die Nazis.

Auch Rüsselsheim ist dafür ein Beispiel. Die beiden wirklichen Arbeiterparteien, nämlich die SPD und die KPD konnten in den Reichstagswahlen zwischen 1928 und 1932 ihren Stimmenanteil halten, wobei es offensichtlich eine Abwanderung von Wähler/innen von der SPD zur KPD gab.

Schon bald nachdem Hindenburg den Nazis die Macht übertragen hatte, wurden die Arbeiterorganisationen, nämlich die Gewerkschaften sowie SPD und KPD verboten und gewaltsam unterdrückt, viele ihrer Mitglieder und Anhänger wurden verhaftet und in Konzentrationslager oder Gefängnisse gesperrt. Mehrmals wurde 1933 in der „Main-Spitze“ der Abtransport Rüsselsheimer NS-Gegner ins KZ Osthofen gemeldet. Alle konnten es wissen und alle sollten es wissen, wie die Nazis mit ihren Gegnern umgehen. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung war, als „Dienstleistung“ für die deutschen Unternehmer eine der Hauptaufgaben der NSDAP-Regierung. Es hat also hohen symbolischen Gehalt, wenn am 23. März 1933 der Ferdinand-Lasalle-Platz vor dem Rüsselsheimer Volkshaus (heute Stadthalle) in Adolf-Hitler-Platz umbenannt wurde und wenn heute die NPD genau diesen Platz für ihre Kundgebung haben will. Sicher ist es auch kein Zufall, dass das Opel-Denkmal im Jahr 1937 von den Nazis aufgestellt wurde.

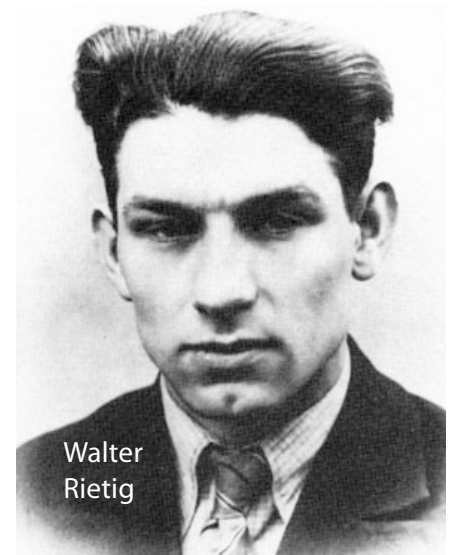
Unter dem Rassismus der faschistischen Herrenmenschen mussten vor allem jüdische Mitbürger/innen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland ver-

	1928	1930	1932 (31.7.)	1932 (6.11.)
NSDAP	36	729	1 566	1 411
SPD	1 887	1 838	1 746	1 416
KPD	433	1 255	1 140	1 564
Zentrum	311	343	464	446
DVP	770	606	219	375

Reichstagswahlergebnisse in Rüsselsheim 1928-1932 (ohne Kleinparteien)

schleppte Ausländer leiden. Mindestens 34 Rüsselsheimer/innen jüdischen Glaubens sind verschollen oder kamen in Konzentrationslagern um. Zur Jahreswende 1942/43 waren bei Opel über 6000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Einsatz, die unter unmenschlichen Bedingungen in Baracken auf dem Werksgelände zusammengepfercht leben mussten. Mindestens 210 von ihnen kamen bei Luftangriffen um, für sie gab es keine Bunker. Kontakt zu Kriegsgefangenen hielt der Rüsselsheimer Nazigegner Walter Rietig, der mit einer antifaschistischen Widerstandsgruppe im Opelwerk zusammen arbeitete. Er bezahlte für seine Widerstands-

tätigkeit mit dem Tod und wurde am 23.12.1942 in Berlin Plötzensee ermordet.



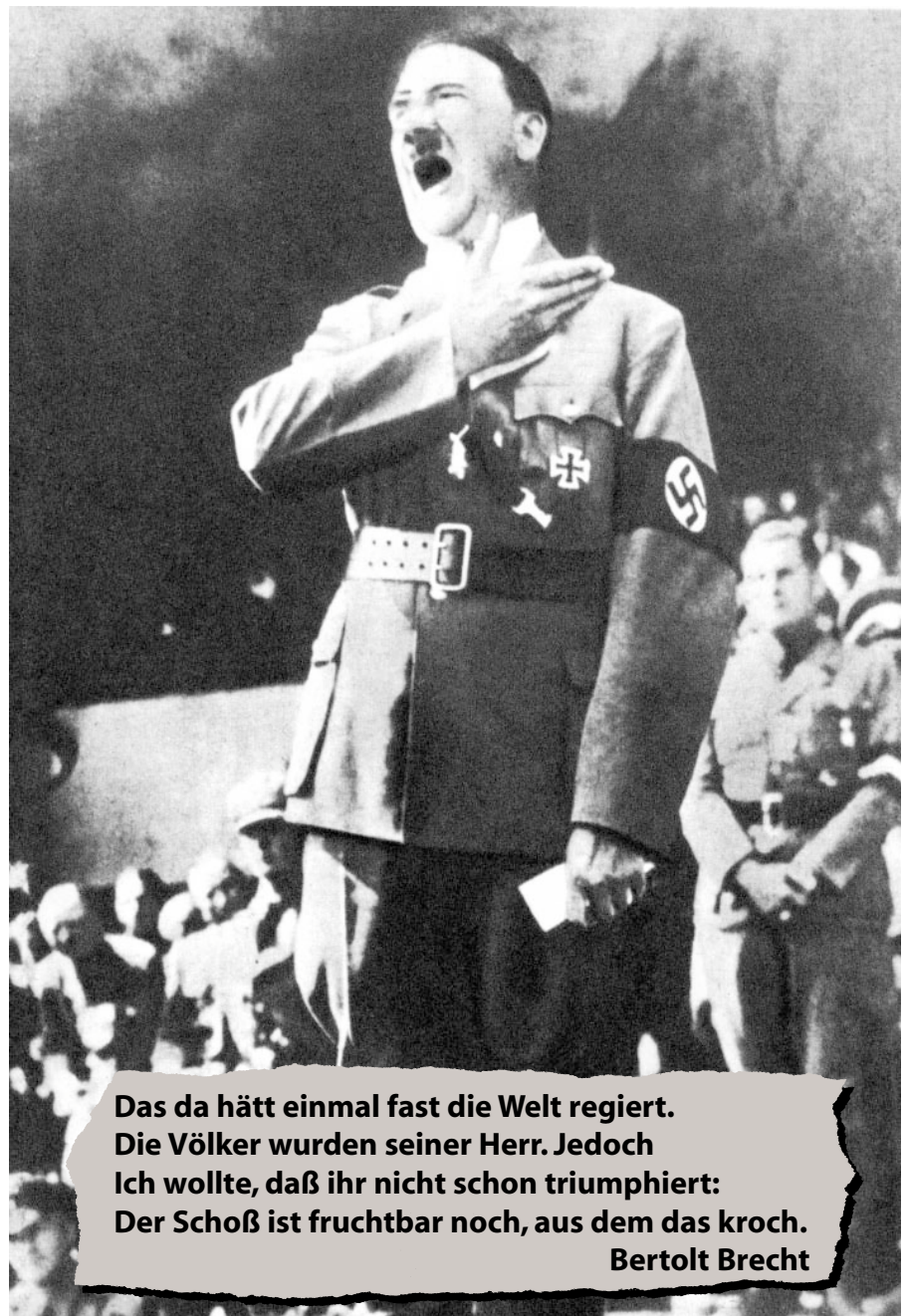
Mit Zustimmung des amerikanischen Managements wurde bei Kriegsbeginn die Produktion im Opelwerk auf Kriegsproduktion umgestellt. (Es wurden vor allem Flugzeugteile gefertigt.)

In der Folge waren Werk und Stadt das Ziel von Luftangriffen. 251 Rüsselsheimer/innen fanden dabei den Tod. Die 12 Jahre Naziherrschaft endeten mit der Zerstörung weiterer Teile unserer Stadt, sie brachten Leid und Tod über andere Länder 1461 Väter und Söhne ließen ihr Leben auf dem Schlachtfeld.

Rüsselsheim hat Lehrgeld bezahlt: Rassismus, Nationalismus und Missachtung der Menschenrechte sollten eigentlich der Vergangenheit angehören. Die Geschichte hat gezeigt, dass Faschismus keine Meinung ist, die man eben mal so haben kann. Die rassistischen Positionen, die heute die NPD vertritt, waren in der Vergangenheit und sind heute kriminell. So wie die alten Nazis, so operiert auch die NPD auf der einen Seite im Rahmen der Legalität, auf der anderen aber mit Drohungen und Terror, aktuell zeigen dies die Schmierereien am Mörfelder Kulturbahnhof.



Schmierereien am Kulturbahnhof Mörfelden, April 2007



**Das da hätte einmal fast die Welt regiert.
Die Völker wurden seiner Herr. Jedoch
Ich wollte, daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.
Bertolt Brecht**

DIE LINKE Liste **SOLIDARITÄT**

Sie möchten mehr über
„Die Linke / Liste Solidarität“
erfahren?

Unser Programm und
aktuelle Informationen
finden Sie im Internet unter
www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse:
Heinz-Jürgen Krug,
Dr. Ludwig-Opel-Straße 59,
65428 Rüsselsheim